



**Arbeitsgemeinschaft der
Hauptschwerbehindertenvertretung Polizei beim
Ministerium des Innern des Landes NRW, der
Schwerbehindertenvertretungen der
Landesoberbehörden LKA, LAFP, LZPD, der
Deutschen Hochschule der Polizei und der
regionalen Arbeitsgemeinschaften der Polizei in
den Regierungsbezirken (AGSV Polizei NRW)**



AGSV Polizei NRW, Friedrichstr. 62-80, 40213 Düsseldorf

An die
Sprecher der Fraktionen für den Bereich Inklusion
im Landtag Nordrhein-Westfalen
CDU
FDP
SPD
Bündnis/die Grünen

AGSV Polizei NRW
Ministerium des Innern
des Landes NRW
Friedrichstr. 62-80
40213 Düsseldorf

Tel.: 0211/8713288
Fax: 0211/871-16-3288
Handy: 0176/13522030

[erika.ullmann-
biller@im.nrw.de](mailto:erika.ullmann-biller@im.nrw.de)

www.agsv-polizei-nrw.de

Per Email

Düsseldorf, 22.01.2022

Umfrage Teilhabe in der Pandemie von Menschen mit Behinderung – Beauftragung eine Studie durch die Landesbehindertenbeauftragte des Landes NRW

Sehr geehrter Herren Abgeordnete, sehr geehrte Sprecher der Fraktionen für den Bereich Inklusion,
sehr geehrter Herr Preuß,
sehr geehrter Herr Lenzen,
sehr geehrter Herr Neumann,
sehr geehrter Herr Mostofizadeh,

im Anhang übersende ich Ihnen einen Schriftverkehr mit dem Büro der Landesbehindertenbeauftragte des Landes NRW. Die Ursprungsmail ging an viele Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen mit der Bitte um Weiterverbreitung und Unterstützung.

Die Landesbehindertenbeauftragte hat an die Katholische Hochschule einen Auftrag vergeben, eine Onlineumfrage zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen vorzunehmen. Im Ansatz sicher eine gute Sache, wenn man bedenkt, dass gerade die Pandemie für diese Menschen viele Schwierigkeiten, oftmals unüberwindbare Hürden mit sich bringt. Insbesondere in vielen Bereichen der Digitalisierung, wo oftmals Barrierefreiheit fehlt und Menschen mit Behinderungen an der Teilhabe ohne fremde Hilfe hindert und somit ausgrenzt. Ein Beispiel sei nur genannt – die gesetzliche geforderte Homeofficepflicht in der Pandemie hat in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes dazu geführt, dass gerade die Menschen, die auf Hilfsmittel angewiesen sind, daran nur eingeschränkt oder gar nicht teilnehmen konnten. Denn viele Anwendungen in den Behörden des Landes erfüllen immer noch nicht die Anforderungen der

Barrierefreiheit. Zudem ergaben sich gerade bei der technisch, behinderungsbedingten notwendigen Ausstattung der Arbeitsplätze vielerorts erhebliche Probleme, so dass kreative Ideen entstanden sind – wie beispielsweise Homeoffice ohne Hardware. Also zum Nichtstun verdammt, weil man keine Lösung hatte. Der eine oder andere mag durchaus denken – ist ja nicht so schlimm, dann bleiben sie halt zuhause und machen nichts. Es ist aber für Menschen mit Behinderungen umso schlimmer, wenn sie zusätzlich sogar in ihrem beruflichen Umfeld dadurch ausgegrenzt und sozial noch mehr isoliert werden.

In meiner Antwort an das Büro der Landesbehindertenbeauftragten habe ich meine Verärgerung deutlich gemacht, weil diese Umfrage nicht barrierefrei ist, obwohl sich diese Umfrage an Menschen mit Behinderungen richtet.

Die Landesbehindertenbeauftragte ist eine Funktion, die sich für die Landesregierung für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einsetzen soll und hält sich selbst nicht an die gesetzlichen Bestimmungen.

Ist es nicht so, dass alles was die öffentliche Hand veröffentlicht barrierefrei sein muss. Ist es nicht so, dass gerade noch vor kurzem in der Dresdner Erklärung alle Behindertenbeauftragten Barrierefreiheit im digitalen Bereich von allen eingefordert haben und NRW hat dies mitgezeichnet. Ist es nicht so, dass NRW gesetzlichen Bestimmungen hat, die Barrierefreiheit verpflichtend macht.

Und die vom Land eingesetzte Landesbehindertenbeauftragte hält sich nicht daran. Ich denke, man kann verstehen, dass die betroffenen Menschen sehr verärgert sind – denn es zeigt, die Studie berücksichtigt noch nicht einmal ihre verbrieften Rechte.

Die auf meine Mail erfolgte Antwort der Kath. Hochschule macht es nicht viel besser – die Ausrede, es war in der Zeit nicht schaffen, ist unserer Ansicht nach nicht akzeptabel – auch der Hinweis, die Betroffenen sollen sich dann halt eine Assistenz dafür nehmen, birgt schon Diskriminierung und Benachteiligung aufgrund der Nichtbeachtung von gesetzlichen Bestimmungen. Denn wie heißt es so schön- der Zugang und die Teilhabe ist **ohne fremde Hilfe** zu gewährleisten. Da die Landesbehindertenbeauftragte im Auftrag der Landesregierung handelt, ist diese Nichtbeachtung der eigenen Bestimmungen der Landesregierung anzulasten.

Hier tritt die Landesbehindertenbeauftragte das verbrieftete Recht dieser Menschen mit Füßen und ignoriert eindeutig rechtliche Bestimmungen.

Wir sind einfach nur fassungslos.

Wir hätten zumindest aufgrund unserer Mail erwartet, dass die Umfrage nicht gestartet wird und die Barrierefreiheit noch hergestellt wird. Dem ist leider nicht so. Sie ist im Netz [Wichtige Online-Umfrage soll Nachteile für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige identifizieren - Lebenshilfe Kreis Viersen e.V. \(lebenshilfe-viersen.de\)](#)

Ein Armutszeugnis für die Landesregierung – eine nicht barrierefreie Umfrage gerichtet an Menschen mit Behinderungen beauftragt durch die Landesbehindertenbeauftragte – der Repräsentantin und Vertretung für Inklusion der Landesregierung.

Die faule Ausrede, es war keine Zeit, zeigt uns – hier scheinen nicht die Belange der Menschen mit Behinderungen Intension dieser Umfrage zu sein, sondern vermutlich eher die bald bevorstehende Landtagswahl.

Als Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen sind wir maßlos enttäuscht, aber auch sehr verärgert. Es zeigt das Inklusion zumindest bei der Landesbehindertenbeauftragten des Landes NRW nicht angekommen ist. „Meine persönliche Zielsetzung ist die Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft“ hat sie geschrieben – dazu hat sie hier - durch die Nichtbeachtung gesetzlicher Bestimmungen – definitiv nicht beigetragen, ganz im Gegenteil.

Und wir hätten zumindest erwartet, dass sie sich selbst bemüht eine Antwort zu schicken. Aber wahrscheinlich fehlte ihr dazu der Mut.

Ich bitte Sie als Sprecher der Fraktionen für den Bereich Inklusion darauf hinzuwirken, dass diese Umfrage umgehend gestoppt wird, aus dem Netz genommen und barrierefrei gemacht wird.

Das Ziel dieser Umfrage ist unterstützenswert – aber gut gemeint, ist noch lange nicht gut gemacht. Inklusion gelingt nur, wenn alle sich gemeinsam auf den Weg begeben – sie ist zum scheitern verurteilt, wenn selbst die Landesbehindertenbeauftragte nur von anderen fordert, für sich selbst aber Grundsätzliches aber ignoriert.

Hier werden zudem Steuergelder eingesetzt – und wahrscheinlich keine geringen, somit kann erwartet werden, dass gesetzliche Bestimmungen gerade auch bei der Vergabe dieses Projekts eingehalten werden. Insbesondere, dass die Barrierefreiheit bei einer Vergabe eines öffentlichen Auftrages ein Musskriterium für einen positiven Zuschlag ist. Daran müssen sich alle Ressorts halten – auch eine Landesbehindertenbeauftragte.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und bleiben Sie gesund.

Mit freundlichen Grüßen



- Erika Ullmann-Biller -
Vorsitzende der AGSV Polizei NRW
www.agsv-polizei-nrw.de

Nicht behindert zu sein ist wahrlich kein Verdienst, sondern ein Geschenk, das jedem von uns jederzeit genommen werden kann. Richard v. Weizsäcker